

Kronberg, 5. März 2015

P r e s s e m i t t e i l u n g

Kronbergs Grüne wollen's wissen: Hat das geplante Konzerthaus eine solide Basis?

Kronberg – Mitglieder von Vorstand und Fraktion der Grünen werden immer wieder darauf angesprochen, ob sie die geplanten Konzertgebäude am Bahnhof ablehnen. Nach einer erneuten ausführlichen Erörterung halten es die Verantwortlichen von „Bündnis 90 / Die Grünen“ für geboten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, was sie in diesen Wochen besonders umtreibt: es geht nicht um die Enttäuschung über den zweiten vorgelegten Architektur-Entwurf, der deutlich „gewöhnlicher“ ist als die hochgelobte erste Anmutung. Es geht auch nicht um die gesellschaftspolitische Frage, ob Kronberg stolz darauf sein soll, als „Cellostadt Deutschlands oder Europas“ zu gelten oder ob andere Aufgaben viel wichtiger wären. Es geht zur Zeit schlicht um die entscheidende Frage: Hat das geplante Konzerthaus beziehungsweise haben die beiden Academy-Gebäude – jedenfalls ist das Bau- und Finanzvolumen deutlich größer als es einem „Konzert-SAAL“ entspricht - eine solide materielle Basis?. Dazu fehlen nach wie vor die Fakten. Eine Entscheidung der Kommunalpolitik ohne ein überprüfbares (und überprüftes!) Zahlengerüst wäre nach Ansicht der Grünen absolut unvertretbar.

Die Kronberg Academy, in aller Regel vertreten durch Herrn Raimund Trenkler, hat sehr früh deutlich gemacht, dass das Projekt ohne Zuschüsse der Stadt Kronberg auskommen werde – nicht nur bei der Errichtung, sondern auch im Betrieb. Angesichts der hohen Kreisumlage sollte es sich auch verbieten, dass sich der Hochtaunuskreis finanziell engagiert. Ob Nachbarstädte wie Eschborn oder das Land sich beteiligen, sei dahingestellt, immerhin würde es sich auch dabei um Steuermittel handeln.

Sollten sich die Konzertgebäude als nicht rentierbar erweisen oder sollte während der Bauphase das Geld ausgehen, wäre das nicht allein ein Problem des Investors. Es wäre ein (Image-) Problem der Stadt, wenn erst mal auf einem Filetgrundstück ein Bauwerk in Beton gegossen wäre, das – wegen des ganz einmaligen Verwendungszwecks - kaum für eine andere Nutzung umzuwidmen wäre. Insofern ist es von allerhöchstem öffentlichem Interesse, dass das Projekt, wenn es denn angefangen wird, ein Erfolg wird.

Die Kronberg Academy teilte am 2. September 2013 mit, ein Wirtschaftlichkeitskonzept für die Konzerthalle werde gerade erarbeitet. Seitdem sind 18 Monate vergangen.

Dieses Konzept nun der kommunalpolitischen Öffentlichkeit zu unterbreiten, wie es für die HFA-Sitzung am 12. März vorgesehen ist, kann nach Ansicht der Grünen kein Problem sein, weil sich die Investoren – anders als eine Seifenfabrik – nicht in Konkurrenz mit anderen befinden, die flugs einen eigenen Konzertsaal errichten, sobald sie über die Unterlagen verfügen... Es sollte also keinen Anlass für Geheimniskrämerei geben.

Die Dimension des Projekts verbietet es, Zahlen durch Handauflegen zu erfassen, einen Vertrauensvorschuss zu gewähren oder die Haltung einzunehmen „wird schon gut gehen!“ Ein einziges „Gutachten“, vom Investor in Auftrag gegeben, kann jedenfalls nicht ausreichend sein. Im Zweifel muss die Stadt externen Sachverstand bemühen.

Die Grünen äußern zwei konkrete Erwartungen:

1. Der Investor möge den Beweis erbringen, dass an ein, zwei Standorten in Deutschland (ansatzweise vergleichbar mit Kronberg, also Kleinstadt am Rande eines Ballungszentrums) ein solches Projekt seit Jahren erfolgreich betrieben wird: also ein Konzertsaal, der nur für musikalische Nutzung geeignet ist, mit vergleichbarer Sitzplatzzahl –(500 bis 600) – und zwar ohne Bezuschussung aus Steuermitteln, bei dem sich kein Defizit anhäuft.
2. Der Investor möge einem Notar die Gesamtkosten bis zum Tag der Eröffnung präsentieren und ihm dazu unwiderrufliche Finanzierungszusagen im erforderlichen Umfang vorlegen. Wenn der Notar diese Ausgaben – Einnahmen –Gegenüberstellung nach bestem Wissen und Gewissen nachvollziehen kann, ist das eine gute Handreichung für die gewählten Mandatsträger bei gleichzeitiger Wahrung der Vertraulichkeit für den Investor.

Ein solches Verfahren der betriebswirtschaftlichen Plausibilität könnte das weitere Verfahren durchaus beschleunigen.

Klar ist auch, dass irgendwelche rechtlichen Schritte (Verkauf, Bauzusage...) erst nach der erwähnten Faktenprüfung erfolgen können. Laut „Taunus-Zeitung“ vom 16. 12. 2014 hat Stadtrat Odszuck nach der Eschborner Unterstützungsabsage genau das zum Ausdruck gebracht: „Trenkler müsse sich nun nach neuen Sponsoren umschaun (und dann wörtlich:) Wir werden dann zu einem Zeitpunkt x darüber entscheiden, ob wir das Konzept als wirtschaftlich tragfähig erachten.“

Schlussbemerkung der Grünen: „Der Zeitpunkt x sollte nun langsam gekommen sein. Und was passiert, wenn die Stadt das Konzept als wirtschaftlich nicht tragfähig erachtet, darüber haben allem Anschein nach viele in Kronberg noch nicht nachgedacht.“

f.d.R.

Volker Hummel, Stuhlbergstraße 5, 61476 Kronberg